

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

zum Jahresempfang 2015 darf ich Sie im Namen der Gemeinde recht herzlich begrüßen und Ihnen ein frohes Neues Jahr wünschen.

Wie sie sicher schon feststellen konnten, haben wir in diesem Jahr den Kreis der Gäste erweitert. Es handelt sich um die Vertreter von Vereinen und Verbänden aus der Gemeinde. Durch diese Einladung möchten wir die Verbundenheit mit dem Ehrenamt deutlich machen. Ein Gemeinwesen attraktiv zu halten, gelingt nur, wenn sich möglichst viele Bürger einbringen und sich mit verantwortlich fühlen. Das Ehrenamt ist, wenn man so will „ das Salz in der Suppe.

Deshalb ein ganz herzliches Willkommen an die Vertreter der Vereine und Verbände. Leider konnten wir aus Platzgründen nur die Gruppen einladen, die den formalen Status eines Vereins haben.

Dieses sollte jedoch keinesfalls als Geringschätzung der Arbeit der übrigen Gruppen verstanden werden. Alle zusammen machen deutlich, wie lebendig das Vereinsleben in unserer Gemeinde ist.

Wie in den zurückliegenden Jahren möchte ich zunächst einen kurzen Blick auf die großen Ereignisse werfen. Wenn man mit den positiven Ereignissen beginnen will, landet man unweigerlich bei der Fußballweltmeisterschaft 2014.

Ein Ereignis, das gerade für uns Deutsche in guter Erinnerung bleiben wird. Unabhängig vom Titel und von der fußballerischen Leistung, war es ein Lehrstück zum Thema Teamgeist. Eine Einstellung über die viel geredet wird, die aber nicht überall gelebt wird. Es bleibt zu hoffen, dass davon nicht nur im Fußball etwas hängen bleibt.

Leider sind in der Summe die positiven Ereignisse im Jahr 2014 nicht bestimmend. Deutlich mehr Raum nahmen die Krisen ein.

Hier denke ich an die Ukrainekrise, den Terror der ISIS oder die jüngsten Ereignisse in Frankreich. Leider ist kaum zu erkennen, wo die Entwicklungen hingehen und ob wir auf viele Dinge den richtigen Blick haben. Sicher ist, bei den Menschen lösen diese Konflikte eine tiefe Verunsicherung aus und es wird klar, wie zerbrechlich unsere Systeme sind. Die Zeichen der Solidarität im Zusammenhang mit den Anschlägen in Frankreich sind aber auch ermutigend.

Jedem dürfte hoffentlich klar sein, in welcher bevorzugten Situation wir in Deutschland leben dürfen.

Auch auf gemeindlicher Ebene können wir dieses – so glaube ich – feststellen. In Essen/Oldb. haben wir ein recht erfolgreiches Jahr erlebt. Die Arbeits- und Lebensbedingungen waren gut, die Arbeitslosenzahl niedrig und die Wirtschaft erfolgreich. Wobei mir durchaus klar ist, dass da wo Licht ist, in der Regel auch Schatten ist.

### **Einwohnerentwicklung:**

Unsere Bevölkerungszahl ist 2014 auf rund 9000 Einwohner angestiegen. Was angesichts fast überall eher rückläufiger oder stagnierender Zahlen erklärungsbedürftig für den ländlichen Bereich ist. Dieser Wert hat viel mit der erneut angewachsenen Zahl ausländischer Mitbürger, vornehmlich aus Rumänien, Polen und Ungarn zu tun. Über die genauen Zahlen wurde ja bereits berichtet. Im Blick auf das Land Niedersachsen stellt sich eine vergleichbare Entwicklung da. Also ist unsere Situation durchaus nicht ungewöhnlich.

Schaut man etwas genauer hin, kann man für unsere Gemeinde feststellen, dass sich der Wechsel der Personen und damit die Aufenthaltsdauer verändert haben. Die Menschen bleiben länger hier und es nehmen der Frauenanteil sowie die Zahl der Kinder zu.

Eigentlich eine Entwicklung, die man sich als Gemeinde wünschen sollte, denn diese Zuwanderung wirkt gegen den demographischen Wandel und bringt junge Menschen in die Region. Auf die Probleme werde ich allerdings noch zu sprechen kommen.

### **Werkvertragswesen:**

Wie bereits ausgeführt ist der Anteil ausländischer Arbeitskräfte in unserer Gemeinde nach wie vor hoch und die Probleme der Zuwanderung sind nicht kleiner geworden. Dennoch sehe ich gegenüber der Situation von vor einem Jahr einige Veränderungen.

Die wesentlichste Veränderung liegt sicher in der Einführung des Mindestlohnes, worauf der gemeindliche Einfluss eher gering war.

Allerdings ist es auch mit der Einführung allein nicht getan. Es muss eine umfassende und zeitnahe Kontrolle geben, damit der Vorteil auch bei den Arbeitskräften ankommt. Und darauf muss man immer wieder hinweisen, es handelt sich um einen Mindestlohn, wie das Wort es sagt das Mindestmaß, um weitgehend frei zu sein von staatlichen Sozialleistungen. Also kein mittleres oder hohes Einkommen. Viele Leistungen des Staates sind dennoch unumgänglich. Deshalb auch die Forderung, dass dieser Mindestlohn bei den Menschen ankommen muss und nicht durch unberechtigte Abzüge, Verrechnungen und Scheinforderungen oder aber überzogene Kosten für Wohnung und Arbeitsmaterial gemindert werden darf. Es zeigt sich, dass die Sicherstellung dieser Anforderungen nur durch strenge Kontrollen möglich ist.

Außerdem gibt es auch weiterhin noch immer zu viele schlechte Wohnverhältnisse und Lebensbedingungen. Auch sollte die Miete nicht nach Köpfen berechnet werden. Ein unhaltbarer Zustand.

Dennoch sehe ich auch hier durchaus Verbesserungen. Die in großem Umfang durchgeführten Überprüfungen haben bei vielen Wohnungen zu einer Reduzierung der Belegung bzw. einer Nachbesserung geführt. Einige Objekte wurden auch aufgegeben.

Hier sind wir allerdings noch lange nicht am Ziel. Es gibt leider immer noch zu viele Menschen, die mit dieser Situation meinen viel Geld verdienen zu müssen und das sind eben auch unsere Bürger.

In Verbindung mit dem Landkreis werden wir weitere Kontrollen durchführen müssen und keinesfalls in unserem Bemühen nachlassen.

Positiv sehe ich auch die Tatsache, dass sich die fleischverarbeitenden Betriebe und die Werkvertragsfirmen auf einen Verhaltenskodex verständigt haben, der Regeln für Lohnzahlungen, Nebenleistungen, Arbeitsmittel, Zahlungsabwicklungen und Unterbringungsanforderungen enthält. Damit gibt es erstmals eine Aussage der Fleischindustrie, dass derartige Themen in ihren Zuständigkeitsbereich bzw. ihre Verantwortung fallen. Das war nicht immer so.

Es bleibt abzuwarten, wie dieser Kodex gelebt und wie dessen Einhaltung geprüft wird.

Ich glaube, dass wir als Gemeinde mit der Einrichtung unseres Integrationsbüros ein wichtiges Angebot für die betroffenen Menschen gemacht haben. Der Zuspruch der Betroffenen zeigt eine hohe Akzeptanz und ein Vertrauen in das Angebot.

Wie das Beispiel der Gemeinde Sögel zeigt, sieht sich das Land Niedersachsen leider nicht in der Lage derartige Einrichtungen zu unterstützen, da es auf einen mobilen Service setzt.

Dennoch glaube ich, dass die zu uns kommenden Menschen nicht darauf angewiesen sind, Geld an Leute zu zahlen, die beim Ausfüllen von Anträgen oder Behördengängen helfen.

„Die Zeit“ berichtete ja über Hausfrauen, die Zahlungen von 50,00 Euro verlangen. Ob dem tatsächlich so ist, weiß ich nicht. Wenn es solche Fälle gibt, müssen wir unser Angebot umso deutlicher machen.

Deshalb reicht auch kein mobiler Service. Was wir brauchen ist, Aufklärung, Sprachvermittlung und eben die Integration in unsere Gesellschaft. Und genau das machen wir.

Wobei ich allerdings auch ganz klar feststellen möchte, Integration ist eine Aufgabe von zwei Seiten. Eine Aufgabe von uns allen, also nicht nur von Frau Hertel vom Integrationsbüro und natürlich eine Aufgabe der Menschen die zu uns kommen.

An dieser Stelle möchte ich allerdings auch meine Enttäuschung darüber zum Ausdruck bringen, dass die Berichtserstattung in den überregionalen Medien für mich eher darauf ausgerichtet schwarz-weiß zu zeichnen und eben nicht ein vollständiges Bild zu zeigen.

Mag sein, dass Druck auf dem Kessel sein muss. Aber die Auswirkungen des aufgezeigten Bildes trifft unberechtigter Weise die gesamte Region. Ich würde mir eine Berichterstattung auch darüber wünschen, welche Anstrengungen unternommen werden, um die Menschen zu integrieren.

Eine einseitige und undifferenzierte Berichterstattung schadet, wie bereits gesagt, der gesamten Region und auch unserer Gemeinde. Deshalb erlaube ich mir folgende Feststellungen:

- Ausbeutung ist bei uns nicht an der Tagesordnung und die hier lebenden Menschen stehen eher für eine gute Willkommenskultur, was der Umgang mit Spätaussiedlern aus der Vergangenheit eindrucksvoll belegt.
- Der Ort Essen hat sich keinesfalls zu einer Geisterstadt entwickelt. Die hier lebenden Menschen fühlen sich nach meinem Eindruck durchaus wohl.
- Es ist nicht zu erkennen, dass Bürger den Ort fluchtartig verlassen. Im Gegenteil die vielen Überlegungen zur Neugestaltung des Ortes nach Realisierung der Ortsumgehungen sprechen für das Gegenteil.
- Der Einzelhandelsstandort hat in der Vergangenheit wegen des Zuzuges von Arbeitnehmern aus Rumänien oder Polen keinen Einzelhandelsbetrieb verloren. Im Hinblick auf die Kaufkraft hat der Zuzug eher positive Effekte.

Ich hoffe, dass diejenigen, die sich um das Thema bemühen, 2015 weniger Wert auf Schlagzeilen legen und sich mehr um Ideen und Wege zur Integration bemühen.

## **Einzelhandel**

Den Einzelhandel habe ich bereits angesprochen. Daran anknüpfend einige Ausführungen:

Nach den vorliegenden Untersuchungen sichert der Einzelhandel in Essen eine gute Grundversorgung. Dennoch bleibt das Problem, dass gegen Discounter, Filialisten und den Internethandel kaum ein Einzelhändler antreten kann. Genau deshalb sollten wir den noch aktiven Betrieben unsere Unterstützung geben.

Im vergangenen Jahr haben wir viel Geld in gemeinsame Aktivitäten gesteckt und viele aus Rat, Verwaltung und Einzelhandel haben Ideen entwickelt wie wir unseren Ort verändern wollen. Dafür herzlichen Dank. Der Prozess muss weiter gehen.

Die Erwartungen sollten dennoch nicht zu hoch geschraubt werden. Auch nach Realisierung der Ortsumgebung werden wir nur sehr begrenzt neue Geschäfte, Lokale und Kaffees bekommen. Wir werden wesentlich auf den Bestand setzen müssen und dafür gute Rahmenbedingungen schaffen. Ob das für ein Bummelfeeling reichen wird, wie es bei der Einzelhandelsbefragung gewünscht wurde, wage ich zu bezweifeln.

Es ist eine Herausforderung, der wir uns stellen. Ermutigend ist es, wenn dann doch Betriebe, wie ein Reisebüro oder ein Kinderarzt dazukommen.

Beides Wünsche, die bei der Befragung für das Einzelhandelsgutachten geäußert wurden.

Was notwendig ist, ist die Besinnung unserer Bürger auf Angebote vor Ort. Und wir müssen aufhören, alles schlecht zu reden.

Der Blick über die Gemeindegrenzen zeigt, dass andere Orte vor ähnlichen Herausforderungen stehen.

Ich hoffe, dass es auch in Zukunft Menschen geben wird, die den Schritt in die Selbständigkeit wagen.

Genau für diese Menschen haben wir mit dem Landkreis Cloppenburg ein aus Eigenmitteln finanziertes Wirtschaftsförderprogramm aufgelegt.

Damit ist erstmals auch die Förderung selbständiger Berufe vorgesehen, denn Problemlagen gibt es nicht nur in der Wirtschaft und im Einzelhandel, sondern zunehmend in der Gesundheitsversorgung. Ob das alles reicht, wird sich zeigen. Dass es eine Nachfrage gibt, zeigen die ersten vorliegenden Anträge.

## **Seniorenarbeit**

Der Seniorenarbeit wollen wir uns stärker zuwenden. Der Rat hat schon vor geraumer Zeit alle notwendigen Beschlüsse gefasst.

Einige warten schon ungeduldig auf die ersten Schritte.

Leider war bislang nicht klar, ob es eine Arbeitsteilung zwischen Landkreis und Gemeinden geben wird und ob das Land die Einrichtungen fördert.

Inzwischen ist entschieden, dass der Kreis einen zentralen Pflegestützpunkt einrichten wird. Aus diesem Stützpunkt heraus sollen die Aufgaben allerdings dezentral in den Gemeinden angegangen werden. Darauf haben wir großen Wert gelegt.

Das Land wird fördern, aber mit so wenig Geld, dass in jedem Kreis und auch in den großen Städten nur ein Standort gefördert werden kann.

Darüber hinaus sehen die Richtlinien für den geringen Fördersatz hohe Anforderungen vor und erwarten, dass die Einrichtungen mit einer Landesbezeichnung versehen werden. Also ein sehr zentral gedachtes System. Wir werden deshalb unser eigenes Konzept umsetzen und unter Einbindung des Ehrenamtes dieses entwickeln. Dabei wird unsere Stärke in der Ortsnähe liegen.

Besonders in diesem Bereich sind wir auf die Mitarbeit ehrenamtlicher Kräfte und der bereits in der Seniorenarbeit tätigen Personen und Gruppen angewiesen. Wir verstehen unsere Aufgabe in der Bündelung und der Koordination vorhandener Kräfte und nicht darin, vorhandene Strukturen zu ersetzen.



## **Kinderbetreuung**

An dieser Aufgabe wurde in der zurückliegenden Zeit und auch im vergangenen Jahr intensiv gearbeitet. In nahezu allen Bereichen läuft inzwischen der Ganztagsbetrieb und das Mittagsangebot hat steigende Nutzerzahlen. Damit dürften wir in unserer Gemeinde gute Bedingungen im Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorweisen können.

Die Platzkapazität im Krippenbereich wurde durch die neue Kinderkrippe im Kindergarten St. Josef deutlich erhöht und es sind noch Freiplätze vorhanden. Wartezeiten sind folglich kein Thema. In Bevern laufen die Planungen für eine Ausweitung des Angebotes für die unter Dreijährigen bzw. das Kinderartenangebot. Der Ausbau wird aber mit Augenmaß erfolgen müssen, da die Bedarfe nur langsam anwachsen und langfristig sicher und finanzierbar sein müssen.

Im Blick auf Bevern kann ich verstehen, dass Betroffene gerne schnellere Lösungen hätten, um Fahrwege zu vermeiden und Übergänge zum Kindergarten in Bevern zu optimieren. Unsere Entscheidungen, und da sind wir einig mit der Kirchengemeinde und dem Offizialat, müssen aber nachhaltig und verträglich mit den vorhandenen Angeboten sein.

Im Kindergartenbereich, also für die über Dreijährigen, sind im Zusammenhang mit der Neueinrichtung der Krippe im Kindergarten St. Josef, Überkapazitäten abgebaut worden. Übrigens mit ein Grund für die Entscheidung, dort die Krippe einzurichten. Hier lässt sich leider der Rückgang der Geburtenzahlen ganz deutlich ablesen.

Auch wenn einige Wünsche noch offen sind – um unsere Versorgung würden wir in vielen städtischen Bereichen beneidet. Notwendig ist aber auch ein bedarfsgerechtes Angebot, da wir in diesem Bereich der Kontrolle des Landesrechnungshofes unterliegen.

Zu den Elternbeiträgen möchte ich feststellen, dass sich diese unter Berücksichtigung der Einkommenssituation der Eltern auf sehr niedrigem Niveau bewegen und wirtschaftlich schlechter gestellten Familien durch die wirtschaftliche Jugendhilfe entlastet oder freigestellt werden. Eine Freistellung für alle kann man sicher familienpolitisch fordern, aber m. E. nicht im Sinne eines Wettbewerbes standortbezogen einsetzen, zumal es sich hier um Jugendhilfeaufgaben handelt, die wir für den Landkreis ausführen.

## **Schulen**

Unsere Schulen sind inzwischen durchgängig als Ganztagschulen genehmigt. Die Akzeptanz ist groß. Wir sind bemüht, die Ausstattung voranzutreiben. Dabei denke ich insbesondere an die Beschaffung von interaktiven Tafeln und Schulmobiliar.

Was uns erwartet ist allerdings noch einmal eine Kraftanstrengung bezüglich des Umbaus der Schulen als Folge der Inklusion. Außerdem muss das Raumangebot im Grundschulbereich aufgrund des Ganztagsbetriebes und der Inklusion überdacht werden.

## **Familienförderung**

Auch hier haben wir lange diskutiert. Das Ergebnis ist aus meiner Sicht gut. Eine deutliche Ausweitung ist zwar überlegt worden, hätte dann aber für alle Familien wirken müssen. Bisläng wurde bei unserer Förderung der Faktor Kinderreichtum berücksichtigt und der ist nach meinem Verständnis, bei Alleinerziehenden eben nicht bei einem Kind und bei Familien nicht bei zwei Kindern gegeben.

Hier hätten wir bei Berücksichtigung aller Familien einen so großen Kreis geschaffen, dass die Mittel hätten deutlich aufgestockt werden müssten.

Bei der Bauförderung wurde dieser große Kreis von Beginn an für alle ab dem ersten Kind gewählt, weil die Nachfrage recht überschaubar ist.

Wir müssen unsere freiwilligen Leistungen aus meiner Sicht so gestalten, dass sie nicht gleich bei der ersten Haushaltsenge eingestellt werden müssen.

### **Feuerwehr**

Es ist gut, dass wir in 2014 eine gemeinsame Grundlage durch einen Bedarfsplan schaffen konnten und damit unnötige Diskussionen über den Bedarf entfallen können. Was bleibt, ist ein sehr hoher Investitionsbedarf bei der Fahrzeugausstattung, der weit über 1 Mill. Euro in den nächsten 10 Jahren liegt.

Auch kann die Diskussion um zwei Standorte für die Feuerwehr beendet werden, da nun nachgewiesen ist, dass die Rettungsziele nur mit zwei Wehren erreicht werden können. Allerdings ist damit auch die Notwendigkeit verbunden, in Bevern ein neues Feuerwehrhaus zu bauen, sicher auch eine Investition von etwa 2 Mill. Euro.

### **Rathaus und Bauhofumbau**

Was lange währt wird endlich gut, so könnte man sagen. Mit erheblichem Aufwand ist das Rathaus nun auch für Rollstuhlfahrer, Gehbehinderte, Kinderwagen usw. zugänglich. Die Sanitäreinrichtungen entsprechen nun den heutigen Anforderungen und der Brandschutz konnte verbessert werden.

Das Ergebnis werden wir im nächsten Jahr den Bürgern vorstellen. Ebenso den modernisierten und erweiterten Bauhof, wo die Mitarbeiter nun auch über zeitgemäße Sozialräume verfügen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen unseren neu bestellten Behindertenbeauftragten, Herrn Ralf Lampe vorstellen, der uns künftig bei unseren Vorhaben und Planungen beraten wird.

Auch unsere Bürger können sich mit Anliegen und Anregungen an ihn wenden.

## **Planung**

Viele in der Politik glauben, dass es sich bei der gemeindlichen Planung um meine Lieblingsaufgabe handelt. Hier muss ich aber leider feststellen, dass es zunehmend schwieriger wird Freude aufzubringen und Lösungen zu präsentieren.

Gerade in diesem Bereich gibt es immer wieder das Bemühen, die gemeindliche Planungshoheit einzuschränken. Die Diskussion um die Raumordnung konnte man in den letzten Wochen ja verfolgen. Im Ergebnis ging es um eine stärkere zentrale Steuerung auf Landesebene. Aus Hannover vorgegeben zu bekommen, wohin sich eine Gemeinde entwickelt, welche Ortsteile sich unter welchen Bedingungen entwickeln dürfen und welchem Raum man sich zugehörig fühlt, ist absolut indiskutabel. Und handwerklich Fehler in großen Umfang, zeugen von einer unangemessenen Eile zur Umsetzung. Neu ist der Wille des Landes zur zentralen Steuerung aber beileibe nicht.

Für uns als Gemeinde ist die Steuerung der Tierhaltung eine große Herausforderung. Sie ist notwendig und gesellschaftlich auch gewollt, dennoch greift sie in Entwicklungen in der Landwirtschaft ein.

Wobei der Gesetzgeber hier noch deutlich einschneidender tätig geworden ist, als wir es überhaupt vorhatten.

Für uns bleibt trotz der Änderung der Regelungen zum Außenbereich, dennoch der fehlende Schutz für den bislang freien Außenbereich. Insofern ist unser Planungsansatz weiterhin notwendig. Allerdings stehen wir am Anfang eines langen Weges.

Bei der Wohnbauflächenausweisung ist die Problemlage eine andere. Aber eben auch ein großes Problem. Die Anforderungen der Archäologie, des Hochwasser- und Naturschutzes sind dabei Dinge an die wir uns schon fast gewöhnt haben.

Schwieriger ist die Flächenbereitstellung. Steigende Bodenwerte im landwirtschaftlichen Bereich und hohe Pachten machen uns zu schaffen.

Eine langjährige Bevorratung ist deshalb kaum zu realisieren. Im kommenden Jahr können wir voraussichtlich nur Bauplätze in Bevern anbieten. In Essen/Oldb. laufen die Verhandlungen zwar auf Hochtouren, ob es allerdings zeitnah klappt, Flächen anzubieten, ist fraglich. Durch den Ankauf erheblicher landwirtschaftlicher Flächen sind wir stark in Vorleistung gegangen. Das können sie am Haushalt ablesen. Dennoch bleibt eine große Aufgabe.

## **Infrastruktur**

Dieses Thema haben wir in diesem Jahr nicht als Schwerpunkt, da alle Maßnahmen laufen und im Zeitrahmen sind. Die Ortsumgehung B 68, die Nord-West-Tangente, der Radweg Bartmannsholte sind für mich eigentlich abgearbeitet. Haushaltsmäßig liegt die größte Belastung allerdings erst in diesem Haushaltsjahr.

Die Freigaben erfolgen wenn alles so weiterläuft in diesem Jahr. Darauf freue ich mich schon und ich hoffe unsere Bürger auch.

## **Finanzen**

Über Geld redet man nicht, man hat es. So sagt man gelegentlich. Als Gemeinde redet man schon darüber, weil die Verwendung natürlich geregelt und beraten werden muss.

Dennoch – wir sind gut aufgestellt. Die Steuereinnahmen liegen auf hohem Niveau und die Schulden konnten in den letzten Jahren zurückgeführt werden. Im kommenden Jahr sieht das allerdings anders aus. Nicht, dass die Einnahmen zurückgehen, nein wir werden durch die großen Projekte unsere eigenen Mittel einsetzen und darüber hinaus erhebliche Schulden machen müssen. Dieser Zeitpunkt war voraussehbar und wir haben in den zurückliegenden Jahren darauf hingearbeitet. Leider fließen die zugesagten Zuschüsse auch erst zeitversetzt, was notwendiger Weise zu einer Zwischenfinanzierung führen wird.

Da der Kapitalmarkt derzeit besonders günstige Konditionen bietet, dürfte der Zeitpunkt genau richtig sein.

## **Öffentlichkeitsarbeit**

Wir werden im kommenden Jahr unsere Anstrengungen verstärken, mit dem Bürger unmittelbar zu sprechen und seine Meinung einzuholen. Das Beispiel aus Bevern oder die Veranstaltung zum Einzelhandel haben gezeigt, dass Interesse besteht. Hier denke ich an eine Bürgerbeteiligung in Form von Bürgerabenden.

Auch werden wir das Verfahren bei Seniorengedächtnistagen und Ehe Jubiläen ändern. Künftig werden wir zu Gemeinschaftsveranstaltungen einladen und auf Hausbesuche verzichten. Dabei werden sich die Mitglieder des Rates mit einbringen und so Informationen geben und gewinnen können.

## **Schluss**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben mir nun schon recht lange geduldig zugehört und ich will Ihren guten Willen nicht überstrapazieren. Deshalb will ich an dieser Stelle keine weiteren Themen aufgreifen.

Ich möchte allen Bürgerinnen und Bürgern, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie allen ehrenamtlich Tätigen im Namen der Gemeinde für ihre Arbeit und Ihren Einsatz danken und sie alle bitten, auch im Jahr 2015 nicht nachzulassen in dem Bemühen, unser Gemeinwesen zu entwickeln und voranzubringen.

Zum Abschluss kommen wir nun zu einigen Ehrungen, die im Rahmen des Jahresempfanges vorgenommen werden sollen: